

Zehnte Generalversammlung des Bundes Schweiz. Frauenvereine : 30. und 31. Oktober 1909

Autor(en): **C.K.-H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): - **(1909)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-325725>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und das wäre eben die Aufgabe der Oberleitung, allem die richtige Beleuchtung zu geben. Sie kennt die Verhältnisse, in welche sie die Rekruten sendet, und sie muss Lebenserfahrung, Menschenkenntnis und Takt haben, das richtige Wort am rechten Platz zu finden.

Ich erhoffe die Erfüllung eines weitem Wunsches vom Dienstjahr. Zu meinem grossen Leidwesen sehe ich nämlich immer wieder, wie sehr die Frauen, besonders die gebildeten Stände, einander gering einschätzen, was ihre Leistungen angeht. Der Glaube an die Superiorität des Mannes ist ihnen offenbar so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, dass sie nur schwer sich überzeugen lassen, dass eine Frau überhaupt etwas Rechtes kann, oder gar ähnliches leistet wie der Mann. Mir ist das immer als eine weit grössere Kränkung erschienen, als das Misstrauen des Mannes gegen unsere Leistungsfähigkeit, das kann ich eher verstehen. Ich hoffe nun, wenn die Frauen einander bei der Arbeit sehen, wenn sie konstatieren, wie in armer Familie in Not und Leid oft die Frau allein Mut und Energie zeigt und durch ihre Tüchtigkeit und ihre Arbeit die Familie über Wasser hält, so werden sie mehr Respekt vor den Frauen bekommen. Ich hoffe, auch die Oberleitung, die ich weiblichen Händen anvertraut denke, würde sich so viel Verehrung gewinnen, dass die jungen Töchter von dem Vorhandensein von weiblicher Umsicht und Tüchtigkeit überzeugt würden.

Man hat meinen Plan auch so aufgefasst, ich wolle lediglich durch das Dienstjahr den Frauen die Berechtigung des Vollbürgertums erwerben. Das stimmt nur halb. Ich meine natürlich, die Frau brauche sich diese Berechtigung nicht erst zu erwerben. Die Berechtigung darauf hat sie schon lang, aber sie tüchtiger zu machen, dieses Recht, das ja einmal kommen muss, gut zu benützen, dazu hoffe ich allerdings würde das Dienstjahr beitragen.

Vor allem aber hoffe ich, würde es beitragen, den Menschen, besonders die Frau, mehr als das heute der Fall ist, schätzen zu lernen nach seiner persönlichen Tüchtigkeit und nicht nach seinem Stand, nach zufälligen äussern Vorzügen. Tüchtig und kräftig, einsichtig und gut möchte ich unsere Töchter haben.

Zum Schluss darf ich Sie wohl noch darauf aufmerksam machen, dass auch andern Orts, besonders in Deutschland, Pläne ganz ähnlich den meinen aufgetaucht und diskutiert worden sind. Vor allem hat Prof. Zimmer in Zehlendorf auf freiwilligem Wege Kurse installiert, die ungefähr das leisten wollen, was ich vom Dienstjahr erwarte. Er hat damit Schiffbruch gelitten, insofern, als meines Wissens nur noch Kurse für Krankenpflege existieren. Es soll Ihnen das ein weiterer Beweis sein, dass auf freiwilligem Weg nichts zu erreichen ist, dass nur ein Obligatorium zum Ziel führen kann.

Endlich möchte ich Ihnen noch eine Broschüre von H. Eschelbach anführen: „In die Kaserne mit der Frau“ (sie ist kürzlich wieder in der „N. Z. Z.“ besprochen worden). Eschelbach fordert eine Dienstzeit von 2—3 Jahren. Da erscheint also die Forderung der einjährigen Dienstzeit bescheiden. Ich denke, Sie sind mit mir einverstanden, wenn wir uns mit dem einen Jahr jedenfalls gern begnügen wollen.

Diese verschiedenen Anregungen beweisen jedenfalls das Eine, dass heute allerlei Misstände bei der Frauenwelt sich fühlbar machen, und dass von ganz verschiedenen Seiten dasselbe Mittel der Abhilfe in Vorschlag gebracht ward — praktische Tätigkeit, Arbeit im Dienst des Nächsten.

Ich bin mir wohl bewusst, dass alles, was ich vorgebracht habe, nur Skizzen sind, einige kleine Umrisse zu einem Bau, der noch auf schwankenden Füßen steht. Es ist unmöglich, Ihnen heute einen wohlausgearbeiteten Plan vorzulegen. Ich hoffe, dass Ihre Diskussion dazu beitragen wird, dem Haus festere Gestalt zu geben.

Zehnte Generalversammlung des Bundes Schweiz. Frauenvereine.

30. und 31. Oktober 1909.

Glänzender als je wurde dieses Jahr unsere Generalversammlung begangen. Über allem, sogar über den geschäftlichen Verhandlungen lag ein Schimmer froher, gehobener Festesstimmung, hervorgerufen durch die Freude über das zehnjährige Bestehen unseres Bundes. Dass man gerade in Bern tagte, war auch kein Zufall, denn hier stand die Wiege des Bundes, hier waren die vier ersten Vereine zum ersten Male zusammengetreten, um über die Ziele der jungen Vereinigung zu beraten. Eine stattliche Zahl von Delegierten und weiteren Mitgliedern hat sich denn auch in Bern eingefunden, so dass die Präsidentin, M^{me} Chaponnière-Chaix, vor dicht besetztem Saale um 3 Uhr die Sitzung im Rathaus eröffnen konnte. Herzlich begrüsst sie die anwesenden Delegierten und sonstigen Gäste. Nach dem Appell der Delegierten verlas die Präsidentin in deutscher Sprache den Jahresbericht, der überdies noch eine knappe Übersicht über die in den 10 Jahren geleistete Arbeit brachte. Der Bund hat sich im letzten Jahre um 4 Vereine vermehrt, so dass ihm jetzt 66 mit etwa 17000 Frauen angehören. Da aber erst 11 Kantone vertreten sind, so ist also noch ein grosses Gebiet zu gewinnen, so z. B. die ganze Urschweiz und der italienische Teil unseres Landes. — Was die Tätigkeit des Bundes im Berichtsjahre anbetrifft, so möchte ich nur dessen Eingabe an die Bundesbehörden um Verabreichung eines Zivilgesetzbuches auch an Frauen erwähnen; wir alle wissen, welches ihr Erfolg war. Der Bund hat auch die Heimarbeitsausstellung finanziell unterstützt, und am Kongress war er offiziell vertreten. Die Reglemente, die der Vorstand für die Kommissionen ausgearbeitet hat, nach welchen diesen volle Freiheit ausser bei offiziellem Vorgehen gewährt wird, wurden von der Präsidentin vorgelesen und von der Versammlung genehmigt.

Auf den Jahresbericht der Präsidentin folgte eine von grosser Würde getragene Ansprache von Frl. von Mülinen. Auch sie gibt einen schönen Überblick über die Tätigkeit des Bundes und charakterisiert ihn als Zentralstelle aller Frauenvereine, die notwendig ist, damit die Frauen sich verständigen, um nicht etwa widersprechende Wünsche bei den Behörden vorzubringen. Wenn auch bis jetzt von einem äussern glänzenden Erfolg nicht gesprochen werden darf, so ist doch an und für sich die Möglichkeit eines solchen Bundes der verschiedensten Frauenorganisationen aller Klassen etwas Grosses und Verheissendes. Wie ungeheuer wichtig es ist, dass eine organisierte Frauenschaft die Interessen ihres Geschlechtes vertritt, das lehrt uns wieder der neueste Entwurf des schweiz. Strafrechtes. Es finden sich Bestimmungen darin, die für das weibliche Empfinden eine Schmach sind. Es sind dies die Paragraphen über den Schutz oder besser Nicht-Schutz der minderjährigen Mädchen (§ 261*) und über den Mädchenhandel (§ 134), der nur dann strafbar sein soll, wenn er Minderjährige oder solche betrifft, die dazu gezwungen werden. Frl. von Mülinen ruft die Anwesenden zum Proteste gegen solche Gesetze auf im Namen des Rechts und der Frauenehre. Nicht ruhen und rasten dürfen wir, bis solche verletzende Bestimmungen ausgeremert sind.

Die Rechnungsablage nahm nicht viel Zeit in Anspruch; dafür ein wenig mehr die Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung. Von drei Städten waren Einladungen erfolgt, von Neuenburg, Chur und St. Gallen. Noch nie hatte man in der eigentlichen Ostschweiz getagt, mehr als den beiden andern einladenden Städten täte Chur und dem Kanton Graubünden

*) Wir gestehen, dass wir diesen Ausfall gegen Art. 261 nicht begreifen. D. R.

Propaganda not, und so wurde denn auch die Einladung von Chur mit grosser Freude angenommen.

Als nächstes Traktandum folgten die Kommissionsberichte. Sie boten wie immer des Interessanten die Fülle.

Die Kommission für Wöchnerinnenversicherung hat nun, da das Gesetz vom Nationalrat angenommen und vom Ständerat durchberaten worden ist, ihre Hauptarbeit hinter sich. Die Aufgabe der Kommission wird es nun sein, für das Gesetz überall Propaganda zu machen, damit es vom Volke auch angenommen wird. Nach dessen Annahme wird sie dahin zu wirken haben, dass es unter den Frauen, die die Wohltat der Versicherung zu geniessen berechtigt sind, bekannt werde.

Wie zu erwarten war, hat die Heimarbeitskommission im Jahre der Heimarbeitsausstellung und des Kongresses die grösste Arbeitsleistung hinter sich. Sie hatte die Flugblätter zur Verteilung zu bringen und hat dies auch mit Hilfe von Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen zustande gebracht. Obwohl nicht viele Heimarbeiterinnen auf den Appell antworteten, ist doch anzunehmen, dass das Flugblatt aufklärend gewirkt habe.

Das Ziel weiteren Vorgehens hat sich die Kommission selber gesteckt. Sie beabsichtigt, alle in den Tagesblättern erscheinenden Inserate, die Heimarbeit anbieten, auf ihre Moralität und Lohnansätze hin zu prüfen, um dann in den Stand gesetzt zu werden, die Frauen vor schwindelhaften Anpreisungen zu warnen. Auch wird die Kommission die Preise, welche die Arbeiterinnen für Maschinen zu zahlen haben, einer genauen Prüfung unterziehen, um sie vor Ausbeutung zu schützen. M^{lle} Vidart teilt mit, dass in Amerika eine Gesellschaft mit einer ständigen Sekretärin existiere, die solche Untersuchungen mache, und begrüsst das Vorhaben der Kommission sehr, nur sei grosser Takt und Vorsicht dazu nötig. Frau Prof. Stocker stellt der Kommission eine ganze Auswahl solcher Inserate, die sie seit Jahren gesammelt hat, zur Verfügung.

Zum grössten Bedauern aller derer, die Frau Steck und ihr Schaffen kennen und würdigen, wird noch mitgeteilt, dass sie als Präsidentin dieser Kommission zurücktritt.

Was die Gesetzeskommission anbetrifft, so hat sie in 13 Kantonen eine Enquete gemacht über die Rechtspflege bei Vaterschaftsklage und Ehescheidung. Ihre Aufgabe, eine populäre Schrift über das neue eidg. Zivilrecht abzufassen, wird sie erst nächstes Jahr ganz zu Ende führen.

Die Stimmrechtskommission hat gar nicht gearbeitet, wird sich aber im kommenden Jahre zu um so rührigerem Tun auffaffen. Frl. Honegger antwortet auf viele stumme und laute Fragen in betreff der Existenzberechtigung dieser Kommission neben dem seither neu gegründeten Schweiz. Verband für Frauenstimmrecht, indem sie betont, dass der Bund mit der Auflösung dieser Kommission sich ein Zeugnis der Kurzsichtigkeit ausstellen würde, denn für den Verband bedeute sie eine grosse moralische Unterstützung. Es sind überhaupt Beider Aufgaben so verschiedene, dass sie ganz gut neben einander bestehen können, hat doch die Kommission hauptsächlich innerhalb der Reihen der Bundesvereine Aufklärungsarbeit genug zu tun. Nicht wenig Mühe wird der Kommission die Umfrage bereiten, die sie bei den Schweizer-Frauen über ihre Stellungnahme zum Frauenstimmrecht zu machen beabsichtigt.

Mit den Kommissionsberichten und der bedauerlichen Mitteilung der Präsidentin, dass das Bureau als solches nächstes Jahr eine Wiederwahl ablehne, fand der geschäftliche Teil des ersten Tages seinen Abschluss.

Zu gemütlicher Vereinigung sollte man sich nach dem Abendessen wieder zusammenfinden. Als wir in den Bürgeratssaal des neuen Kasino eintraten, war es uns fast, als seien wir zu einer fürstlichen Einladung gekommen, so feenhaft leuchtete uns der prachtvolle Saal im vollen Lichterglanze entgegen. Auch das Buffet, das überreich versehen war mit Torten und Leckerbissen, die von den verschiedenen Vereinen des

Kantons Bern zu diesem Anlass gestiftet worden waren, verriet uns, dass die Bernerinnen die Absicht hatten, diesen Abend zu einem wirklichen Feste zu gestalten. Niedliche Berner-Meitschi huschten denn auch gar bald emsig durch den Saal, mit Süssigkeiten aller Art die Gäste überhäufend. Kaum war man aus dem ersten Staunen erwacht, tönten einem liebliche Kinderstimmen ans Ohr, die alte, vertraute Lieder munter ertönen liessen. Aber auch geübte jugendliche Musikerinnen erfreuten uns mit ihrem Gesang und ihrem Spiel. Ob all dem Heitern und Schönen wurde aber auch der Ernst des Anlasses, der uns zusammengebracht, nicht vergessen. Frl. von Mülinen hielt als Erste eine Ansprache, in der sie ihrer Freude darüber Ausdruck gibt, dass auch Männer unter uns sind, wollen wir doch nicht gegen den Mann, sondern mit dem Manne kämpfen. Auch darüber freut sie sich, dass wir im Bunde nichts von Klassenunterschied wissen, dass sich alle Frauen hier Eins fühlen und das Selbe miteinander wollen.

Noch ernster und eindringlicher war die Ansprache von Frau Prof. Ragaz. Sie wirft die Frage auf, ob die Heimarbeitsausstellung und der darauffolgende Kongress die Lösung des schweren Problems näher gebracht haben, und sie glaubt, diese Frage mit ja beantworten zu dürfen. Die Ausstellung hat diese Frage in den Vordergrund des Interesses gerückt und hat dem kaufenden Publikum das Gewissen geweckt. Jetzt wird jeder, der sich vom Elend der Heimarbeiter überzeugt hat, nicht nur am billigen Preis und an der schönen Ausführung sich erfreuen, sondern er wird an die armseligen Stuben denken müssen, wo die Sache hergestellt wurde, an den niedrigen Preis, den diese Arbeit einbringt. — Der Kongress hat sich vor allem mit der Zusammenstellung des Materials befasst und auf Mittel gesonnen, wie den Übelständen in der Heimarbeit abzuhelfen sei. Nicht nur der Staat mit Schutzgesetzen, die organisierte Arbeiterschaft mit dem Bestreben, auch diese Kategorie von Arbeitern zu organisieren, können Besserung schaffen, sondern auch — und das geht uns Frauen ganz besonders an — die Käuferschaft kann mithelfen, die Not zu lindern. Wenn wir Frauen nicht nur auf augenblicklichen materiellen Vorteil sehen, sondern uns auch darum kümmern, wie die Ware hergestellt und welchen Lohn der Arbeiter dafür erhalten hat, wenn wir den krassen Widerspruch zwischen Arbeitsprodukt und Arbeitsbedingung nicht mehr ertragen können, dann werden auch wir die Sanierung der Verhältnisse herbeizuführen helfen. — Auch unsere Seniorin, Frau Prof. Stocker ergreift das Wort und richtet sich an die ziemlich zahlreich anwesende Jugend, indem sie ihr das Vermächtnis, das wir Ältern ihr zurücklassen, warm ans Herz legt.

Von den Herren sprachen Herr Pfarrer Schmidt und Herr Prof. Brunhes. Wenn dieser von der Allianz der Geschlechter spricht, so gibt jener vor allem der Hoffnung Ausdruck, dass es den Frauen gelingen möge, die Kluft zwischen den Klassen, die durch Parteihass immer breiter und tiefer werde, zu überbrücken.

Als die Präsidentin in warmen Worten den Bernerinnen für die glänzende Veranstaltung ihren Dank aussprach, war es schon 11 Uhr. Mit Gefühlen aufrichtigsten Dankes für unsere Gastgeberinnen, die uns förmlich überschüttet hatten mit Beweisen der liebenswürdigsten Aufmerksamkeit, trat man den Heimweg an.

Die Sonntag-Vormittagsitzung war, wie gewohnt, öffentlich. So gross war der Andrang zum Rathaussaale, dass selbst pünktlich erscheinende Delegierte mit Mühe und Not nur ein Plätzchen erhaschen konnten.

Wie üblich, begann auch die diesjährige Sonntagssitzung mit der Verlesung des Protokolls. Nachdem die Präsidentin der verstorbenen Frau Wäffler und des Festchens zu Ehren unserer Seniorin gedacht hatte, stellte Fräulein Zehnder aus St. Gallen folgenden Antrag: „Die Sektion St. Gallen, von der

Tatsache ausgehend, dass der Hausdienst je länger je mehr gemieden wird, glaubt, dass der Bund, eine innere Ursache dieser Übelstände anerkennend, eine Studie an Hand nehmen sollte für eine der nächsten Hauptversammlungen über folgende Punkte:

1. Die Ausbildungsmöglichkeiten für Dienstboten nach Zahl und Umfang, ins Verhältnis gesetzt zu unserm Landesbedarf an häuslichen Kräften.
2. Anstellungs-, Lohn- und Entlassungsbedingungen vor dem Gesetz und — was ebenso wichtig ist — im Ortsgebrauch.
3. Verpflegungsbedingungen für gesunde Tage und diejenigen für kranke Tage.
4. Die Arbeitszeit der Dienstboten im Vergleich zu den übrigen weiblichen und männlichen Berufsarten.
5. Aussichten der Dienstboten für die reiferen Jahre und das Alter.
6. Standeseinschätzung der Dienstboten.
7. Die Berufsorganisation der Dienstboten.
8. Richtlinien, welche die modern denkende bürgerliche Frau einzuschlagen hat, um zur Sanierung der herrschenden Übel- und Notstände beizutragen.
9. Erstellung eines kleinen Katechismus für Hausfrauen, welche Dienstboten halten müssen.
10. Proponierung der für die Schweiz neuen Stellungen als Hausbeamtin und sog. Hausschwester (gebildete Elemente für Stundendienst mit Ausschluss der sog. groben Arbeiten.⁴⁴

Fräulein Zehnder erachtet diese Aufgabe für den Bund als dringlich. Die Dienstboten fangen an, sich deklassiert zu fühlen, weil nur sie allein der Fortschritt, der sich überall Bahn bricht, nicht trifft. Viele Frauen haben in diesem Punkte ein abgestumpftes Gewissen, so dass man auch hier von doppelter Moral sprechen könnte. Die Anregung konnte, wie schon vom Vorstande beschlossen war, nicht eingehend diskutiert werden. Frl. Vidart meint, dass diese Arbeit durchzuführen, eher Sache des Gemeinnützigen Frauenvereins wäre. Frl. von Mülinen macht den Vorschlag, es sollen die einzelnen Vereine Kommissionen zum Studium dieser Frage einsetzen, aus denen dann die engere Kommission des Bundes gewählt würde. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und es wird der Antrag St. Gallen im nächsten Jahre zur Diskussion kommen.

Es folgt — es war schon halb 12 Uhr — der Vortrag von Frau Dr. Hilfiker über „Das weibliche Dienstjahr“. Da er in dieser Nummer in extenso abgedruckt ist, werde ich nur von der Diskussion berichten.

Die erste Diskussionsrednerin Frl. Dr. Graf ist prinzipielle Gegnerin des Dienstjahres. Sie ist der Ansicht, dass dadurch das Frauenleben noch mehr als bisher unter Zersplitterung und Überbürdung leiden würde, und dass die obligatorische weibliche Fortbildungsschule, nach der wir streben, gerade so gut die Lücke ausfüllen könnte. Eine so grosse Überschwemmung des Landes mit dilettantischen Elementen hält sie nicht für gut; auch kann sie den Pessimismus Frau Dr. Hilfikers hinsichtlich der Rückständigkeit der Frau nicht teilen. — Auch Frau Schibler (Aarau) ist nicht für das Dienstjahr eingenommen. Sie glaubt, dass durch eine Prüfung der Mädchen in hauswirtschaftlichen Fächern dasselbe erreicht würde, und dass eben wieder mehr die Mütter die Erziehung besorgen müssen.

Frl. Zehnder spricht sich ebenfalls für die Fortbildungsschule aus, die etwa nach dem Muster der freiburgischen eingerichtet sein müsste.

Monsieur de Morsier, der erst nach dem Mittagmahle zum Worte kam, hat eigene Thesen aufgestellt, worin er den obligatorischen Bürgerdienst wohl als wünschenswert hinstellt, ihn aber nicht von Anfang an fordern möchte. Ein Obligatorium könnte nur durch Verfassungsänderung eingeführt werden, und dieser sollte unbedingt die Erteilung des Stimmrechts an Frauen vorangehen. Monsieur de Morsier stellt sich diesen

Dienst als eine Art Samariterdienst vor, bei dessen Absolvierung ein Diplom ausgestellt würde, und der zuerst auf kleinerem Gebiet eingeführt werden sollte. Frau Sträuli-Knüsli (Winterthur) erzählt von ihren Erfahrungen, die sie mit freiwilligen Dienstkraften gemacht hat, und die durchaus unerfreuliche waren.

Herr Pfarrer Schmidt ruft den Frauen zu, sie sollen sich selbst helfen, denn auf den Mann dürfen sie nicht zählen.

In ihrer Replik verteidigt Frau Dr. Hilfiker die Forderung des Obligatoriums. Auch teilt sie durchaus die Ansicht des Herrn de Morsier, dass eine einzelne Gemeinde den Anfang zu machen hätte.

Ganz abgeklärt ist aber die Sache nicht. — Immer und immer wieder macht sich gerade für die Diskussion wichtiger Themas Zeitmangel sehr fühlbar.

Ich kann diesen Bericht nicht schliessen, ohne noch einmal auszusprechen, wie grossartig die Berner-Vereine die Veranstaltung organisiert hatten. Auch beim gemeinschaftlichen Mittagmahle vom Sonntag haben sie ihr grosses Organisations-talent bewiesen und die schönsten Überraschungen bereit gehabt. Wie prächtig und überreich waren nur schon die Tische mit Blumen geschmückt, und wie entzückend war der Chor der lieblichen Bernermädchen und Knaben, als sie ihre Liedlein sangen und gar, als sie den zu diesem Anlass gedichteten Dialog auf sagten, der in nächster Nummer erscheinen wird.

Als Dankesbeweis für ihre Arbeit erhielten die beiden ersten Präsidentinnen Frl. von Mülinen und M^{me} Chaponnière in einer dem Alter des Dokumentes angepassten künstlerischen Mappe ein Facsimile des ersten eidgenössischen Bundesbriefes.

Von Nah und Fern liefen Telegramme ein, die uns bewiesen, dass sich die Frauen aller Länder solidarisch fühlen.

Viele Anregungen, viel neuen Mut bringen jeweils solche Versammlungen den Neuen und den Alten; es werden freundschaftliche Bande fester geknüpft, neue geschlossen; manch' gutes, beherzigenswertes Wort fällt auf fruchtbaren Boden und wird einst zur schönen Saat reifen.

Und wenn der Bund ausser all' der vielen Arbeit, die er tut, nur schon diese Aufgabe erfüllte, so wäre seine Daseinsberechtigung erwiesen.

C. K.-H.

Die Frauenfrage im Kaufmännischen Verein Zürich.*)

In der ausserordentlichen Vereinsversammlung des Kaufmännischen Vereins Zürich vom 3. ds. schloss sich an das Traktandum „Diskussion und Beschlussfassung über den Antrag des Vorstandes und der Unterrichtskommission, lautend: „Mit dem Sommersemester 1910 sollen die Kurse unserer Kaufmännischen Fortbildungsschule kaufmännischen Lehrtöchtern und weiblichen Handels- und Bureauangestellten zu den gleichen Bedingungen geöffnet werden, wie den männlichen,“ eine lebhafte und vielseitige Aussprache.

Herr Rektor Stähli führte in seinem einleitenden Referat aus, dass die Anregung zur Aufnahme der Frau in die Fortbildungsschule des Vereins in der eidg. Vollziehungsverordnung vom 17. November 1900 zum Bundesbeschluss betreffend Förderung der kommerziellen Bildung vom 15. April 1891 zu suchen sei. Die erstmalige Bundessubvention für das Schuljahr 1891 betrug 2500 Fr., für das Schuljahr 1908 belief sie sich auf 47,800 Fr., so dass im Durchschnitt der Beitrag jedes Jahr um 2500 Fr. höher bemessen wurde. Das zeugt doch gewiss von grossem Wohlwollen des eidg. Handelsdepartements, das von Seiten des Vereins zum mindesten mit der Beachtung der bundesgesetzlichen Vorschriften quittiert werden sollte.

*) N. Z. Z. 8. November. Drittes Morgenblatt. Raumes halber kürzen wir etwas.